



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Thomas Wedel
Pressesprecher

thomas.wedel@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de
www.bfw-politikforum.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Trotz steigender Baugenehmigungen: BFW-Präsident fordert mehr Anreize für Wohnungsbau in den Metropolen

Berlin, 15.09.2021. Die Zahl der Baugenehmigungen in Deutschland ist von Januar bis Juli 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Laut Statistischem Bundesamt wurden insgesamt 221.115 Wohnungen bewilligt. Das entspricht einem Anstieg von 6,6 Prozent. Nach Ansicht des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen muss die Entwicklung jedoch differenziert betrachtet werden. „Insbesondere in den Metropolen ist die Lage der Wohnungsmärkte weiterhin angespannt“, erklärte BFW-Präsident Andreas Ibel in Berlin.

„Die neuen Zahlen zeigen vor allem bei Ein- und Zweifamilienhäusern (+7,8 bzw. +33,8 Prozent) deutliche Zuwächse. Hier sehen wir die Effekte der Corona-Krise: Viele Menschen wollen mehr Platz und ein Lebensumfeld im Grünen – zu bezahlbaren Preisen“, so der BFW-Präsident. „Der Neubau von Mehrfamilienhäusern dagegen stagniert (+1,9 Prozent) und das ist vor allem in den Ballungsgebieten ein Problem. In Berlin und Hamburg ist die Anzahl der Baugenehmigungen im Mehrfamilienhaus-Neubau von Januar bis Juli 2021 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken. Der Rückgang liegt in Berlin bei 28 Prozent, in Hamburg sogar bei 48 Prozent. Die Politik muss in der neuen Legislaturperiode endlich Anreize und Rahmenbedingungen schaffen, um den Neubau anzukurbeln. Dazu gehören Bürokratieabbau sowie effektive Planungs- und Genehmigungsverfahren“, sagte Ibel.

Der BFW-Präsident fügt hinzu: „Im Wahlkampf behaupten einige Parteien, dass staatliche Mietpreiseingriffe die angespannten Wohnungsmärkte entlasten könnten. Doch in Regulierungen kann man nicht wohnen. Nachhaltig werden die angespannten Wohnungsmärkte nur durch eine Ausweitung des Wohnungsangebots entlastet. Dafür braucht es mehr Neubautätigkeit. Genau das verhindern jedoch staatliche Eingriffe wie Mietendeckel und Mietpreisbremsen“.

Ibel erhofft sich von der künftigen Bundesregierung einen stärkeren Fokus auf die Bezahlbarkeit des Bauens und Wohnens. „Jeder weitere staatliche Regulierungsversuch sorgt nur für Verunsicherung und macht den Mietwohnungsbau für Investoren unattraktiv. Die künftige Bundesregierung muss den Bau von Mietwohnungen fördern und die Investitionsbereitschaft im Bestand erhalten. Nur so kann das Wohnungsproblem in den Ballungsgebieten langfristig gelöst werden“, erklärte der BFW-Präsident abschließend.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.